



Angst vor Armut im Alter

Anfang August stellte Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ihr Konzept einer Zuschussrente vor – und brachte damit die notwendige Debatte über Armut im Alter in die Öffentlichkeit. Viele fürchten zu Recht, jahrzehntelang gearbeitet und Beiträge eingezahlt zu haben, nur um letzten Endes doch mit einem Nummernzettel in der Hand beim Sozialamt zu sitzen.

Armut hat in Deutschland viele Gesichter, und etliche von diesen sind alt, wie das der 79-jährigen Ursula W. aus Frankfurt, die zwei Kinder alleine großzog, ihr Leben lang gearbeitet und sich selbst kaum etwas gegönnt hat. Heute bezieht sie eine Rente, von der sie sich nicht mal die dringend benötigte neue Brille leisten kann. Solche Geschichten wirken auch auf junge Menschen bedrohlich. Billig-Jobs und Demografie seien Schuld, heißt es oft. Richtig ist, dass Deutschland nach Japan das zweitälteste Land der Welt ist. Nur 13,5 Prozent aller Einwohner waren 2010 jünger als fünfzehn Jahre. Und weil die Alterung der Gesellschaft auch in den kommenden Jahrzehnten weiter voranschreiten wird, soll das Rentenniveau von derzeit 51 Prozent des durchschnittlichen Nettolohns auf 43 Prozent im Jahr 2030 sinken.

Diese Entwicklung führe insbesondere bei Geringverdienern zu einem steigenden Armutsrisiko im Alter, warnte die Bundesregierung in ihrem Alterssicherungsbericht Mitte Oktober. Und ausgerechnet diejenigen, die wegen ihres niedrigen Einkommens die Rente mit einem Riester-Vertrag oder einer betrieblichen Altersversorgung aufbessern müssten, meistern häufig die bürokratischen Hürden nicht oder können sich die Beiträge einfach nicht leisten.

Doch es sind nicht nur die Gelegenheitsarbeiter und »Billigjobber« von heute, die in eine trübe Zukunft blicken. Betroffen sind auch die vielen Normalverdiener mit einem Einkommen unter 2.500 Euro brutto im Monat – rund ein Drittel aller Beschäftigten. Wer sich 35 Jahre lang in dieser Gehaltsgruppe bewegt hat, kann nach dem derzeitigen Stand nicht mit einer Rente oberhalb der Grundsicherung von 688 Euro rechnen. »Geringe Löhne, anhaltende Arbeitslosigkeit, die Zunahme atypischer Beschäftigung sowie unstetige Erwerbsbiografien führen zu einem Einnahmeverlust in den Kassen der Sozialversicherer«, erläutert Dr. Franz Fink vom Caritas-Fachverband katholische Altenhilfe in Deutschland (VKAD). Und die Rente mit 67 verschärfe diese Entwicklung noch: »Damit ein erhöhtes Renteneintrittsalter nicht zu einer faktischen Rentenkürzung führt, muss nach Überzeugung des Deutschen Caritasverbandes die Altdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt weiter

abgebaut werden«, fordert der Experte. Für die Gegenwart sehen die Zahlen im Alterssicherungsbericht nicht einmal besonders dramatisch aus. Demnach liegt das Haushaltseinkommen von Menschen über 65 Jahre in Deutschland bei durchschnittlich 1.818 Euro netto im Monat – Ehepaare haben durchschnittlich 2.433 Euro, alleinstehende Frauen 1.292 Euro und alleinstehende Männer 1.560 Euro zur Verfügung. Aktuell beziehen dem Bericht zufolge etwa 2,5 Prozent dieser Altersgruppe vom Staat die Grundsicherung im Alter. Das sind gut 436.000 Menschen – Tendenz seit Jahren deutlich ansteigend. Viele Experten glauben jedoch, dass diese Werte die Realität verschleiern, weil sie nur einen Durchschnitt abbilden. Schon heute sind insbesondere Frauen und ehemals Selbstständige überdurchschnittlich häufig auf zusätzliches Geld vom Staat angewiesen, weil die Rente nicht reicht.

Wer in besagtem Regierungsbericht nicht auftaucht, sind all jene Menschen, die trotz einer kümmerlichen Rente keinen Antrag auf Grundsicherung stellen, sondern sich mehr schlecht als recht durch ihren Lebensabend schlagen. Sie sparen lieber beim Essen, verzichten auf dringend notwendige Arztbesuche oder bleiben zu Hause, weil das Geld für Bus und Bahn nicht reicht. Familiäre und soziale Kontakte werden so eingeschränkt, und nicht selten gehen finanzielle Armut, Krankheit und Isolation im Alter auf diese Weise Hand in Hand. »In ländlichen und sogenannten strukturschwachen Regionen nimmt die Zahl der älteren alleinwohnenden Menschen überproportional zu«, sagt Franz Fink. »Und gerade alte Menschen haben häufig Zugangsschwierigkeiten zu Gesundheitsleistungen, weil sie nicht über die nötige Mobilität, das notwendige Wissen und die erforderlichen finanziellen Mittel verfügen, um gesund zu leben und ihre Ansprüche im Gesundheitssystem geltend zu machen.« Und auch die Zahl derer, die sich Pflege und Betreuung im Alter nicht mehr leisten können, steigt. Derzeit sind knapp 2,4 Millionen Menschen in Deutschland pflegebedürftig, einer Prognose des Sozialverbandes VdK zufolge werden es bis 2050 etwa 4,7 Millionen sein. Das wäre jeder 15. Deutsche.

Wie viele Menschen auf die ihnen gesetzlich zustehende Grundsicherung im Alter verzichten, weiß niemand genau. Schätzungen gehen davon aus, dass die Dunkelziffer mindestens so hoch liegt wie die Zahl von rund 436.000 offiziell erfassten Ruhestandlern, deren Rente aufgestockt wird. »Ich glaube, gerade weil sich in Deutschland die Rentenhöhe an der bezahlten Arbeitsleistung des Lebens orientiert, scheuen manche Menschen, zugeben zu müssen, dass ihre Rente zu niedrig ist«, glaubt Andreas Brands OFM. Der Franziskanerpater leitet die Suppenküche in Berlin-Pankow und hat so regelmäßigen Austausch mit bedürftigen Menschen.

Bundespräsident Joachim Gauck hat sich die Herausforderungen, die der demografische Wandel mit sich bringt, als eine der wichtigsten Aufgaben seiner Amtszeit erkoren. Es müsse wieder stärker üblich werden, dass Generationen zusammen und nicht getrennt älter werden, betonte das Staatsoberhaupt Anfang Oktober in einer Rede vor dem Kuratorium Deutsche Altenhilfe (KDA). Währenddessen sucht die Politik händeringend nach Lösungen. Ob die beim Koalitionsgipfel vorgeschlagene »Leistungsrente« wirklich weiterhilft, darf bezweifelt werden. Viel eher geht es um die Frage, wie die Lasten zwischen Jung und Alt in diesem Land gerecht verteilt werden können. Die Zuschussrente, wie sie von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vorgeschlagen wurde, empfinden vor allem viele jüngere Menschen als unge-



recht. Schließlich basiert der Generationenvertrag auf dem Prinzip, dass die junge Generation diejenigen versorgt, die ihr Leben lang gearbeitet haben. Wie soll man aber arbeitenden jungen Menschen erklären, dass sie für die Zuschussrente mehr Beiträge zahlen sollen, während sie gleichzeitig von ihrer eigenen gesetzlichen Rente im Alter nicht mehr viel erwarten können?

Letztendlich geht es wohl aber um noch sehr viel grundlegendere Veränderungen, wenn die oben erwähnte Aussage des Bundespräsidenten mehr sein soll als eine eher folgenlose Sonntagsrede. Die Frage ist zu stellen, in welche Richtung sich unsere Gesellschaft weiterentwickeln soll und wer die Weichen dafür stellt. Solange grenzenlose Mobilität und »Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit« Bedingungen für einen guten und gut bezahlten Arbeitsplatz sind, verhindern allein diese schon die Möglichkeiten generationsübergreifenden Zusammenlebens und verringern die Bereitschaft, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Es geht also darum, eine gesellschaftliche Debatte darüber zu führen, wie wir in Zukunft leben wollen, wie gute Arbeit und gutes Leben für alle oder zumindest immer mehr Menschen ermöglicht werden können. Denn nur wenn es gelingt, solidarische und gemeinschaftliche Lebenserfahrungen wieder neu zu begründen, ist eine Auseinandersetzung zwischen Jung und Alt zu verhindern, bei der es nur um die Durchsetzung des vermeintlichen gruppenegoistischen Vorteils geht. An dieser Stelle würde man gerne besonders von den Kirchen mehr und Deutlicheres hören, denn sie verfügen mit ihren Soziallehren – katholisch wie evangelisch – über immer noch zukunftsweisende Ansätze, mit denen sie wichtige Orientierungspunkte in die Debatte einbringen können, die über die Tagespolitik hinausweisen. Und die Rentnerin Ursula W. aus Frankfurt? Ihr bleibt derweil die Hoffnung, über die alljährlich in der Weihnachtszeit laufende Spendenaktion einen Heizungszuschuss und Geld für eine neue Brille zu bekommen. ■

TEXT ANDRÉ MADAUS

»Wir brauchen Mindestlöhne und eine Grundrente«

Andreas Brands OFM, der neue Leiter der Franziskanischen Suppenküche in Berlin-Pankow, und seine Kollegin Petra Rothe zum Thema »Altersarmut«



Armut im Alter ist zunehmend ein Thema. Kommen jetzt auch mehr älteren Menschen in die Suppenküche in Pankow, weil sie mit ihrer Rente nicht mehr auskommen?

Petra Rothe: Bisher konnten wir zumindest keinen Zuwachs von älteren Besuchern in der Einrichtung feststellen. Alte Menschen oder Rentner haben die Suppenküche aber schon immer zur Lebenssicherung aufgesucht. Gerade diese Menschen versorgen sich lieber in einer sozialen Einrichtung mit Lebensmitteln, als einen Grundsicherungsantrag zu stellen, um ergänzende Leistungen zu bekommen. Dieses Verhalten hängt sicherlich auch mit Erfahrungen aus Kriegstagen zusammen – organisieren ist offensichtlich besser, als beim Staat um Zuschüsse »betteln« zu müssen. Stolz und Scham älterer Menschen stehen einer Antragsstellung beim Amt entgegen.

Andreas Brands: Ich glaube, gerade weil sich in Deutschland die Rentenhöhe an der bezahlten Arbeitsleistung des Lebens orientiert, scheuen manche Menschen, zugeben zu müssen, dass ihre Rente niedrig ist. Tatsache ist aber, dass gerade Frauen in Bezug auf die Rente schlechter gestellt sind als Männer, da in den vergangenen Jahrzehnten stets das Prinzip der »Versorgerehe« Bestand hatte. Viele Frauen haben sich in der Vergangenheit eher der Familie

gewidmet, als eine bezahlte Arbeit anzunehmen. Und ohne die Zahlung von Rentenbeiträgen haben sie nun keinen Anspruch auf eine eigene Rente.

Die Debatte um Armut im Alter dreht sich in erster Linie um materielle Armut. Dabei sind alte Menschen häufig auch arm an sozialen Kontakten, bis hin zur völligen Isolation im Alter. Wie kann die Gesellschaft dieser Entwicklung begegnen?

Andreas Brands: Viele ältere Menschen möchten in keiner Pflegeeinrichtung leben. Sie wollen ihre Selbstbestimmtheit und ihre eigene Tagesstruktur behalten. Oftmals haben diese Menschen keine Angehörigen mehr oder haben sich aufgrund von negativen Lebenserfahrungen zurückgezogen. Dabei spielt sicher auch ihre Erziehung eine wichtige Rolle. Diese Generation ist nicht so »exhibitionistisch« wie die heutige Jugend. Die Menschen wurden eher so erzogen, dass sie ihre Probleme zu Hause, mit sich selbst ausmachen mussten. Es ist ihnen oft nicht möglich, diese erlernten Verhaltensmuster abzulegen und sich, beispielsweise in einer Notsituation, Hilfe von außen zu holen.

Petra Rothe: Aus meiner Sicht ist hier die »aufsuchende Sozialarbeit« ein Instrument, um diesen Menschen ein adäquates Hilfsangebot, je nach Lebenssituation, anbieten zu können. Aufsuchende Sozialarbeiter können sich so einen Eindruck von den Lebensumständen eines in Isolation lebenden Menschen verschaffen und aus den vielfältigen sozialen Angeboten Hilfsangebote unterbreiten und installieren.

Die Bundeskanzlerin fordert, dass die Menschen mehr privat vorsorgen, Stichwort »Riester-Rente«. Die Bundesarbeitsministerin hat ihr Modell einer Zuschussrente. SPD, Gewerkschaften und Sozialverbände fordern vor allem Mindestlöhne, um Altersarmut vorzubeugen. Welches Mittel halten Sie am ehesten für geeignet?

Petra Rothe: Ich halte die Einführung des Mindestlohns für notwendig, um gegen die Altersarmut vorzugehen. Eine Vielzahl von Menschen arbeitet für 6,50 Euro in der Stunde. Mit diesem Verdienst ist eine zusätzliche Ansparung für das Alter nicht möglich. Die Rentenbeiträge, die von diesem Verdienst an die Rentenkasse abgeführt werden, sind ebenfalls gering, sodass der Altersrentenbetrag ebenfalls nur gering sein dürfte. Um der Entwicklung von Altersarmut entgegenzuwirken, bedarf es außerdem einer Grundrente. Der Mindestlohn eröffnet die Möglichkeit von privater Altersvorsorge, und in Verbindung mit der Grundrente stehen dem Rentner am Lebensabend finanzielle Mittel zur Verfügung, die eine Unabhängigkeit von der Grundsicherung ermöglichen. Mit Einführung einer Grundrente und Mindestlöhnen müsste auch die persönliche Verantwortung, also eine Verpflichtung zur privaten Altersvorsorge, bestehen.

Zahlungen in die staatliche Rentenversicherung bewirken für den Einzahlenden einen eigentumsähnlichen Anspruch. Es ist nicht zu erklären, warum man – auch wenn es sich hierbei um eine Solidargemeinschaft handelt – deutlich weniger Rente erzielt, obwohl man deutlich mehr Geld eingezahlt hat. Die Kluft zwischen der Höhe der Einzahlung und der zu erwartenden Rente ist zu groß. Die Höhe der Rentenzahlung dürfte nicht mehr nur an den Faktor Erwerbsarbeit gekoppelt sein.

»Altersarmut ist weiblich«, sagt etwa die bayerische Sozialministerin Haderthauer. Kommen in letzter Zeit mehr ältere Frauen in die Suppenküche Pankow?

Andreas Brands: Die Klientel der Suppenküche Pankow besteht zu 85 Prozent aus Männern, einen Anstieg von Armut unter älteren Frauen können wir nicht beobachten. Der Anteil an Frauen in der Suppenküche hat sich im letzten Jahrzehnt kaum verändert. Das liegt jedoch daran, dass es in Berlin spezielle Einrichtungen für Frauen gibt, wo Männer gar nicht oder kaum auftauchen. Frauen gehen dann eben lieber dorthin. ■

INTERVIEW ANDRÉ MADAUS